

**Der Ausschuss bittet, folgende Petition dem Senat und den Fraktionen zur Kenntnis zu geben:**

**Eingabe Nr.: S 20-335**

**Gegenstand: Finanzierung der Kinder- und Jugendfarm Obervieland**

**Begründung:**

Die Petition wurde im Vorfeld der Mittelverteilung für das Jahr 2023 eingereicht. Demnach habe das Amt für Soziale Dienste für Obervieland den Vorschlag gemacht, mit dem schon seit Jahren zu niedrigem Budget für die offene Jugendarbeit (OJA) jetzt vorwiegend Arsten-Nord und Kattenturm zu fördern. Die Kinder- und Jugendfarm Obervieland, die als große Einrichtung bisher 40 % des Budgets erhalten habe, solle dann nur noch 25 % erhalten. Das entspräche einer Kürzung von über 70.000 €, die nicht ausgeglichen werden könne. Zur Begründung werde angeführt, die Farm liege in Habenhausen.

Nachweislich besuchten und nutzten jedoch junge Menschen aus allen Stadtteilen die Einrichtung. Langjährige Erhebungen hätten einen Anteil von 20 % der Kinder und Jugendlichen aus Kattenturm, 19 % aus Arsten sowie 25 % aus Habenhausen ergeben, die ihre Freizeit dort verbrachten. Vor diesem Hintergrund fordert die Petentin eine auskömmliche Finanzierung der Farm, da es sonst zu einer Einschränkung des zeitlichen oder personellen Angebotes der Farm kommen könne. Da die Farm neben der offenen Jugendarbeit auch als außerschulischer Lernort vielfältige und vielgenutzte Angebote für Schulen, Kitas u.a. Gruppen im Bildungsbereich anbietet, werde eine feste Basisfinanzierung und damit die Unterstützung der Ressorts Soziales, Bildung sowie Umwelt angestrebt.

Der Petitionsausschuss hat zu dem Vorbringen der Petentin eine Stellungnahme der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport eingeholt. Außerdem hatte die Petentin die Möglichkeit, ihr Anliegen im Rahmen der öffentlichen Beratung der Petition mündlich zu erläutern. Unter Berücksichtigung dessen stellt sich das Ergebnis der parlamentarischen Überprüfung zusammengefasst wie folgt dar:

Der Ausschuss kann das Anliegen sehr gut nachvollziehen. Angesichts der zum Zeitpunkt der Mittelplanung in Rede stehenden Kürzung hätte der weitere Betrieb der Kinder- und Jugendfarm Obervieland in der bestehenden Form ernstlich in Frage stehen können.

Als Träger der öffentlichen Jugendhilfe trägt das Amt für Soziale Dienste die Planungs- und Steuerungsverantwortung für den Mitteleinsatz der im Rahmen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit durch den Haushaltsgesetzgeber zur Verfügung gestellten Mittel. Auf Beschluss des Jugendhilfeausschusses wurde die Entscheidungskompetenz für den Mitteleinsatz auf die sogenannten Controllingausschüsse in den jeweiligen Stadtteilen übertragen. Die Controllingausschüsse setzen sich aus je zwei Vertreter:innen des öffentlichen Jugendhilfeträgers, der freien Jugendhilfeträger und des Beirates zusammen. Damit wird eine hohe fachliche und breite Kompetenz dargestellt. Die Struktur ermöglicht die Beteiligung aller Akteure im Arbeitsfeld der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in den Stadtteilen.

Im Rahmen der Fachdiskussion im Stadtteil Obervieland wurde die fachliche Einschätzung getroffen, dass im Ortsteil Kattenturm ein stark erhöhter Bedarf für Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit existiert. Deshalb wurde zum Zeitpunkt der Einreichung der Petition eine Mittelverlagerung im Stadtteil Obervieland diskutiert. Gleichzeitig betonte die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport in ihrer Stellungnahme, dass die Kinder- und Jugendfarm Obervieland beim öffentlichen Jugendhilfeträger ein hohes Ansehen genießt und die Arbeit wird außerordentlich geschätzt wird.

Im Rahmen der öffentlichen Beratung der Petition erläuterte die Referentin der Sozialbehörde, dass die angedachte Kürzung von 25 Prozent sei vom Tisch ist und stattdessen ein Stufenplan vereinbart wurde. Demnach bekommt die Kinder- und Jugendfarm für das Jahr 2023 fünf Prozent weniger Zuwendungen aus dem Stadtteilbudget, wird aber weiter aus dem Bereich überregionale Angebote unterstützt und hat auch weiterhin am Programm Ausbildungsfonds für den Bereich der offenen Jugendarbeit teil.

Der Ausschuss begrüßt die Tatsache, dass mit der reduzierten Kürzung der Mittel zunächst der unmittelbare finanzielle Druck für die Kinder- und Jugendfarm gemindert wurde. Gleichzeitig kann er das Argument der Petentin nachvollziehen, dass die Kinder- und Jugendfarm als außerschulischer Lernort fungiert und als solcher auch Kinder aus anderen Stadt- und Ortsteilen anzieht. Insofern regt der Ausschuss an zu prüfen, ob sich auf Grundlage des Status als außerschulischer Lernort eine komplementäre Finanzierung aus den Ressorts Bildung und/oder Umwelt ableiten lässt.

Vor diesem Hintergrund bittet der Ausschuss, die Petition dem Senat und den Fraktionen als Material zur weiteren Erörterung zur Kenntnis zu geben.